

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 20 (1979)
Heft: 22

Artikel: Erledigung von Beschwerden : eine tschechoslowakische Darstellung über die Behandlung berechtigter Klagen aus der Bevölkerung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094835>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erledigung von Beschwerden

Eine tschechoslowakische Darstellung über die Behandlung berechtigter Klagen aus der Bevölkerung

Wie man in der Tschechoslowakei Leute behandelt, die sich über die wirklichen Zustände des Landes beschweren, hat der Prozess gegen Vaclav Havel und Mitangeklagte gezeigt. Man behandelt sie mit Zucht-haus. Aber hier geht es um etwas ganz anderes: Um die Behandlung von Klagen, die nach amtlicher Grundsatzauffassung berechtigt sind: Ueber ungesetzliche Anordnungen von Vorgesetzten und illegale Be-nachteiligung oder auch bloss über ausgebliebene Wohnungsreparatur-en oder verdorbene Waren.

Wie es mit dem Beschwerderecht der Bevölkerung am Beispiel der Slo-wakei in der Praxis aussieht, das stellt der Beitrag von Ivan Galy in «Uj Szo» (Bratislava, 15. 7. 1979) dar. Er ist in doppelter Hinsicht aufschluss-reich. Inhaltlich ist er eine Enthüllung, formell eine Verhüllung. Materiell ist komischerweise das Fiasko in ungefähr sämtlichen Belangen, um die es geht, durchaus registriert. Aber im Klartext gesprochen wird von einem Erfolg, der höchstens noch weiterer Vervollkommnung bedarf. Das geschieht unter anderm dadurch, dass die entscheidenden Kriterien irgendwo in den apologetischen Windungen verstreut werden. Die Punkte zusammensuchen, ist eine interessante Aufgabe. Aber zu-nächst der leicht gekürzte Text aus der CSSR.

Die begründeten Beschwerden der Bevölkerung, die Mitteilungen von öffentlichem Interesse sowie die Vorschläge bilden eine wichtige Informationsquelle für die Beseitigung der Mängel, der Lösung der Probleme und der Vervollkommnung der leitenden und kontrollierenden Tätigkeit der zuständigen Organe. Dies zeigt auch der Bericht des Volkskontrollkomitees der Sozialistischen Republik Slowakei, der die Erfahrungen bei der Erledigung der Beschwerden der Bevölkerung zusammenfasst. Diese Beschwerden, Mitteilungen von öffentlichem Interesse und Vorschläge wurden von der Bevölkerung an die Ministerien, andere zentrale Leitungsorgane und an die Nationalausschüsse gerichtet. Die zuständigen Organe der Slowakei beschäftigen sich seitdem ausführlich mit dem Inhalt dieses Berichtes und haben die notwendigen Massnahmen ergriffen, um die Situation weiter zu vervollkommen.

Dass die zuständigen Organe die Mitteilungen der Bevölkerung ernst nehmen, wurde auch von der Bevölkerung erkannt. Deshalb gab es letztes Jahr 36 254 Mitteilungen an die Adresse der er-wähnten Organe. Beinahe die Hälfte von ihnen war begründet oder mindestens teilweise begrün-det.

Es erweist sich, dass die Zahl dieser Beschwerden und Mitteilungen seit 1974 ständig zurückgeht. Deshalb taucht die Frage auf, ob dies ein Posi-tivum ist oder nicht. In dieser Entwicklung kommt natürlich die Tatsache zum Vorschein, dass ein beträchtlicher Teil der Schwierigkeiten und Mängel jetzt beseitigt wurde.

Auf den Rückgang der Zahl der Beschwerden und Mitteilungen nimmt aber auch eine andere Tatsache Einfluss. Wenn der Beschwerdeführer der Auffassung ist, dass seine sich auf konkrete Erfahrungen stützenden Informationen nicht ernst genommen werden, oder wenn seine Mit-teilungen nur rein formell behandelt werden, dann hört er auf, solche Mitteilungen zu machen. Dies ist um so gefährlicher, als eine solche Ein-stellung das Vertrauen der Bürger in die Staats-organe und die Verwaltungsbehörden untergräbt. Andererseits muss man auch feststellen: Es gibt noch immer viele Bürger, welche die Mängel und Schwierigkeiten sehen, sich aber um sie nicht kümmern und sich nicht die Mühe nehmen, eine Mitteilung zu machen. Sie sind also passiv, sie machen von ihrem staatsbürgerlichen Recht kei-nen Gebrauch.

Schon aus diesen Tatsachen kann man sehen,

dass der Rückgang der Zahl der Beschwerden nicht unbedingt als ein Positivum bewertet wer-den kann.

Von den 1978 eingereichten 36 000 Beschwerden und Informationen wurden «nur» 30 000 erledigt. Das lässt sich darauf zurückführen, dass nur ein Teil der Mitteilungen noch in diesem Jahr ge-prüft werden kann. Einige Mitteilungen waren nicht konkret genug, und andere wurden gleich-zeitig an mehrere Organe geschickt.



Es gibt immer noch viele Leute, die sich mit ihren Anliegen direkt an die höchsten Partei- und Staatsorgane wenden und nicht an diejenigen Behörden, die für die betreffenden Anliegen direkt kompetent sind. Hier ist auch die Rechtspropa-ganda schuld, da sie die Bevölkerung nicht zu-friedenstellend informiert, wohin die einzelnen Mitteilungen gerichtet werden müssen. Ausser-dem gibt es die Einzelbürger, die gegenüber den niedrigeren Organen ab ovo kein Vertrauen ha-ben; viele setzen ohne Grund voraus, dass die unteren Organe voreingenommen seien. Man muss aber wissen, dass sich die zentralen Organe nur mit den wichtigsten Angelegenheiten direkt beschäftigen, die übrigen lassen sie an die direkt zuständigen Organe weiterleiten. Wenn also die Mitteilungen und Beschwerden direkt an die höchsten Organe geschickt werden, wird dadurch das Verfahren bei der Prüfung der Beschwerden komplizierter. Es kann dazu führen, dass die Prüfung und Erledigung der einzelnen Angele-genheiten unbegründet hinausgezogen wird.

Der Beweis

Als Lesehilfe wollen wir doch auf ein Motiv eingehen, das der Autor kausal behandelt: die rückläufige Zahl von Beschwerden.

Die abnehmende Zahl von Klagen beweise «natürlich», sagt der Autor, dass es immer weniger Grund zum Klagen gebe. Dem fügt er hinzu, dass freilich die Leute auch aufhörten, sich zu beschweren, wenn es doch nichts nütze. Das lässt er immerhin als Einschränkung gelten, wenn schon nicht als Gegenbe-weis.

Und dann, irgendwo schön abgetrennt, kommt er auf ein «anderes» Motiv zu sprechen, ein ganz separat behandeltes: die **zunehmende** Zahl von anonymen Beschwerden. Zurückzu-führen darauf, dass die Leute die Rache derer fürchten, über die sie sich beschweren.

Und das wird als blosser Erklärung für die be-dauerlich unsympathische Erscheinung an-onymer Mitteilungen angeführt. Obwohl es fla-grant in den Zusammenhang der weit vorge-nannten mengenmässigen Entwicklung ge-hört. Denn die Abnahme der Gesamtzahl von Beschwerden bei **gleichzeitiger** Zunahme der anonymen Klagen ergibt erst mit Schlüssig-keit: Die Leute haben **zunehmend** Angst da-vor, den Mund aufzutun. Und so verläuft dann die Entwicklung zur «weiteren Vervollkomm-nung». Als weitere Degradierung der Zustän-de.

Den zuständigen Organen sind die anonymen Mitteilungen und Beschwerden nicht sympathisch. Trotzdem halten sie es für ihre Pflicht, sich auch mit diesen zu beschäftigen. In vielen Fällen entspricht nämlich der Inhalt dieser Mitteilungen der Wahrheit. Sie rufen zur Aufmerksamkeit auf gesellschaftlich wichtige Fehler und Mängel auf. Es genügt, darauf hinzuweisen, dass letztes Jahr mehr als ein Drittel dieser Information in diese Kategorie eingestuft werden musste. Es ist aber eine erfreuliche Erscheinung, dass die Zahl der anonymen Briefe, die konkrete und begründete Beschwerden enthalten, zurückging. Im allgemeinen ist aber die Zahl der anonymen Mitteilungen im Anstieg begriffen, was ein Zeichen dafür ist, dass es immer noch ziemlich viele Menschen gibt, die — leider mit gewissem Recht — eine Rache wegen ihrer Kritik befürchten. Der Kampf gegen die Anonymität könnte so am erfolgreichsten geführt werden, wenn sowohl an den Arbeitsplätzen als auch in den Wohnbezirken eine Atmosphäre herangebildet wird, die kein Risiko wegen der begründeten kritischen Mitteilungen zulässt.



Die letztjährige slowakische Statistik registriert etwa 15 000 begründete Beschwerden, welche zur Aufmerksamkeit auf Gesetzesverletzungen oder auf Fehler und Mängel aufrufen. Trotzdem ist aber die Zahl der Verfahren gegen die verantwortlichen Funktionäre und Beamten sehr gering. Es kam in kaum 5000 Fällen zu einer dienstlichen oder anderen Konsequenz gegenüber diesen Menschen. Auch dann kam es in den meisten Fällen nur zu erzieherischen Massnahmen, ohne dass dem Grundsatz der individuellen Verantwortung der Funktionäre und Beamten Nachachtung verschafft worden wäre. In einigen Fällen hätte man strenge materielle und disziplinarische Massnahmen ergreifen müssen.



Die Berichte der verschiedenen Kontrollorgane und die Prüfung der Beschwerden der Bevölkerung zeigen eindeutig, dass sich die Beschwerden seit Jahren unverändert gegen dieselben Mängel richten. Die meisten begründeten Beschwerden richten sich gegen die schlechte Versorgung der Bevölkerung, gegen den Handel, gegen die Dienstleistungen für die Bevölkerung (67,1 Prozent); nachher kommen die Mängel im Verkehrswesen (62,9 Prozent), die Preissteigerung bei Waren und Dienstleistungen (58,6 Prozent), die Mängel in der Bewirtschaftung der Wohnungen (44,7 Prozent), die Arbeit der Organe der Gesundheitspflege (44,6 Prozent) usw.



Ein Teil der kritisierten Mängel und Schwierigkeiten lässt sich auf objektive Gründe zurückführen. Es ist nämlich eine bekannte Tatsache, dass sogar unsere sich entwickelnde Volkswirtschaft und die zunehmenden Möglichkeiten mit den angehobenen Ansprüchen der Bevölkerung nicht Schritt halten können. Es wäre aber unrichtig, sich immer nur auf die objektiven Gründe zu berufen. Die Ueberprüfung der Beschwerden zeigt nämlich, dass für einen Teil der konkreten Mängel und Schwierigkeiten Menschen verantwortlich sind, die ihren Pflichten nicht nachkommen und sogar vor Gesetzesverletzungen nicht zurückschrecken.

Kolonialkrieg

Nach ihrer Strafaktion gegen das Dorf Diowadu Lundu zogen sich die weissen Kolonialtruppen zurück. Neun Stunden später kamen afrikanische Guerillaeinheiten in die Ortschaft mit ihren 250 strohbedeckten Häusern. Sie standen nicht mehr. Ein Widerstandskämpfer:

«Wir stiessen nur noch auf schwelende Trümmer. Wir zählten etwa 100 Tote. Viele wiesen Genickschüsse auf. Es waren Greise, Frauen, Kinder. Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren waren abtransportiert worden.»

Das Dorf Diowadu Lundu liegt in Angola, in der Nähe der Küstenstadt Ambicete. Also eine Erinnerung an die Massaker des portugiesischen Kolonialkrieges?

Nein. Das Datum des Massakers war der 19. September 1979. Die weissen Truppen gehörten zum DDR-Wachregiment «Felix Dzierzynski», das in

Angola Friedensdienst tut. Bei den schwarzen Guerillakämpfern handelt es sich um Partisanen der Nationalen Befreiungsfront Angolas (FNLA), die gegen die Portugiesen gekämpft hatte und jetzt gegen ihre mordenden Nachfolger kämpft. Die wegtransportierten Jugendlichen kommen zur Umerziehung nach Kuba. Die hingerichteten Frauen und Kinder hatten mit der FNLA sympathisiert.

Die Schilderung war von FNLA-Vertretern aus Kinshasa an die Öffentlichkeit gebracht worden. Sie deckt sich mit vielen Aussagen über die kubanische Kriegführung in Afrika. Und warum sollten die Berichte der FNLA heute weniger glaubwürdig sein als damals, zur Zeit des portugiesischen Kolonialkrieges?



Laut Schätzungen von Amnesty International sind in Aethiopien unter dem sowjetgestützten Regime Menghistu etwa 5000 Kinder und Jugendliche hingerichtet worden, viele von ihnen nach Folterungen.

Neuerscheinung

Semakula Kiwanuka

Afrika-Studien Nr. 104

A M I N AND THE TRAGEDY OF UGANDA

201 + IX Seiten. Efaliband, DM 48,—./ISBN 3 8039 0177 4

Idi Amin and the Tragedy of Uganda is a history of Amin's rule of terror. Professor Kiwanuka raises questions and attempts to answer them. This is therefore an issue oriented book. It is divided into two parts. Part one is about Amin and Uganda. Its main thrust is how Obote's dictatorship directly led to the rise of Amin. The author discusses how in the first instance Amin entrenched himself. His principal instrument of terror was the notorious State Research Bureau whose membership included all types of Ugandans, Moslems as well as Christians, petty crooks as well as medical consultants and university professors. Professor Kiwanuka sees Amin as notorious murderer, consummate liar and an accomplished politician. This is proved by his policies of divide and rule and his creation of a tiny wealth class which fattened on the loot of the expelled Asians. The tragedy of Uganda is that Amin is a direct product of the country's past history. A history of tribal and religious strife. Professor Kiwanuka's conclusion is that without the elimination of these cancerous legacies, there will unfortunately rise other Amin's.

In part two, Professor Kiwanuka regards Uganda's tragedy as the failure of the international community to ostracise Amin and his regime. His policies of genocide went on unhindered. The anguish of Ugandans went unanswered. When finally President Nyerere answered those cries of anguish and his army overthrew the tyrant, Ugandans welcomed Tanzanians as Liberators. The euphoria was short lived because Tanzania has proved to be a conqueror herself. Thus Uganda's tragedy continues.



Dieses Buch gibt einen Rückblick auf die Terrorherrschaft von Amin. Der erste Hauptbericht konzentriert sich auf Amin und Uganda. Der Autor legt vor, wie die Diktatur von Obote unmittelbar zum Aufstieg von Amin führte, der selbst als Produkt der bisherigen Geschichte Ugandas gesehen wird. Amin wird dargestellt als notorischer Mörder und vollendeter Lügner, aber auch als ein Vollblutpolitiker, wie es seine gekonnte Politik von *divide et impera* belegt.

Im zweiten Teil wird die Tragödie Ugandas vor dem Hintergrund des Versagens der Weltöffentlichkeit gesehen, das Regime von Amin zu ächten und zu isolieren. Als schließlich Präsident Nyerere mit seiner Armee den Tyrannen stürzte, wurden die tanzanischen Streitkräfte als Befreier gefeiert. Die Euphorie war jedoch nur kurz, denn auch Tanzania selbst hat sich inzwischen als Eroberer erwiesen.

Weltforum Verlag · Tintorettostraße 1 · D-8000 München 19